

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 17-18

Artikel: Gegen die Kriegshetzerei für den Weltfrieden
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802707>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das ganze Jahr hindurch gegen die Ermöglichung einer solchen geschrieben wird.

Nun, das ganze Verhalten der Presse bei den jüngsten politischen Ereignissen beweist zur Genüge, dass sie leider für die heute so überaus wichtige Forderung internationaler Verständigung das Verständnis noch nicht besitzt. Daraus müssen wir Pazifisten eben die Konsequenz ziehen und mit allen Mitteln die Presse dazu zu bringen suchen, dass sie alles, was einer solchen Verständigung entgegensteht, vermeidet. Wohl werden bisweilen von einzelnen Friedensfreunden antipazifistische Zeitungsartikel durch Gegenartikel bekämpft. Aber das genügt lange nicht. Um Erfolg zu haben, bedarf es eines zielbewussten Vorgehens von einer Zentralstelle aus. Und dies denke ich mir ungefähr in folgender Weise:

1. Allen deutschschweizerischen Zeitungen wird regelmässig und unentgeltlich der „Friede“ zugestellt;

2. möchte ein Komitee gebildet werden, das alle in der deutschschweizerischen Presse erscheinenden Artikel unserer Gegner sofort sachlich, doch energisch in Gegenartikeln zurückweist.

Ich glaube, dass wir auf diese Art, natürlich nicht von heute auf morgen, aber doch allmählich, die Presse für unsere Bestrebungen gewinnen. Und wenn uns das gelingt, und daran zweifle ich nicht, so haben wir viel, sehr viel erreicht; denn die Presse kann der Welt den Frieden diktieren, wenn sie will. Dafür aber, dass sie das will, dafür zu sorgen ist unsere Pflicht.

K. W. Sch.

—o—

Kriegsrüstungen in Paris und Berlin.

Am 3. September brachte der Draht folgende Berichte aus den Metropolen Europas:

Paris: Der Bund der Arbeitersyndikate der Seine richtet an die Arbeiterorganisationen einen Appell, in dem darauf hingewiesen wird, dass die englischen, deutschen, spanischen und französischen Arbeiter in nachdrücklichen Kundgebungen ihren Regierungen ihre Gefühle der internationalen Brüderlichkeit und ihr Begehren nach Frieden dargetan haben, und dass die Bundeskongresse in Marseille und Toulouse beschlossen haben, dass die Arbeiter den Mobilisierungsbefehl mit dem revolutionären Generalstreik beantworten sollen. Der Appell fordert die Syndikate auf, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Zusammenkünfte die Frage der Verwirklichung des Generalstreik-Gedankens zu setzen und fünf Delegierte zu bezeichnen zur Besprechung der Massnahmen, um den Generalstreik am gleichen Tage mit einer Kriegserklärung ins Werk zu setzen.

Berlin: Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Gross-Berlins veranstaltete im Treptower Park eine öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel, für deren Besuch tagelang vorher im „Vorwärts“ und durch Flugblätter grosse Propaganda gemacht worden war. An der Versammlung nahmen unter zahlreicher Beteiligung auch von Frauen und Kindern etwa 100,000 Personen teil. Pünktlich 1 Uhr sprachen von zehn Tribünen sozialdemokratische Redner über das Thema: „Gegen die Kriegshetzerei, für den Völkerfrieden!“ zu der dichtgedrängten Volksmasse. Der Anmarsch der Massen war in Abteilungen von 200—1000 Personen unter der Führung von Ordnern erfolgt, die durch rote Binden kenntlich gemacht waren. Um 2 Uhr wurde einstimmig der folgenden Erklärung zugestimmt: „Die Gene-

ralversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Gross-Berlins protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den neuesten Kurs der imperialistischen Politik Deutschlands. Sie wendet sich ebenso sehr gegen eine Festsetzung in Marokko wie gegen die Vergrösserung des deutschen Kolonialbesitzes durch ein unwürdiges Schachergeschäft. Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, dass weder die deutsche Arbeiterschaft noch die deutsche Volkswirtschaft durch neue koloniale Erwerbungen Vorteil hat, dass vielmehr durch solche die Lasten des Volkes vermehrt und unabsehbare Konfliktgefahren geschaffen werden. Mit der grössten Entrüstung wendet sich die Versammlung gegen die kapitalistischen Kreise, die aus Eigennutz oder um ihre Verbrechen in der inneren Politik zu verschleiern das hinterhältige Vorgehen der Diplomatie benutzen, um Deutschland in einen europäischen Krieg hineinzuhetzen. Die Versammlung erklärt im Namen der gesamten Berliner Arbeiterschaft, dass sie allen verbrecherischen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Krieg, Blutvergiessen und Vernichtung des Nationalwohlstandes über die Nationen zu bringen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Die Versammlung spricht ferner ihren Unwillen darüber aus, dass die deutsche Regierung die Entscheidung über die wichtigen und folgeschweren Fragen der Politik in die Hände einer kleinen Anzahl von Diplomaten legt und die berufene Vertretung des Volkes, den Reichstag, völlig ausschaltet. Die Versammlung verlangt, dass das Volk selbst und seine parlamentarische Vertretung in allen sein Wohl und Wehe betreffenden Fragen zu entscheiden hat und dass nicht Diplomatenintrigen und absolutistische Willkür Deutschlands Geschicke bestimmen. Die Versammlung bekennt sich rückhaltlos zu den Forderungen der internationalen Solidarität und schliesst sich daher allen Friedenskundgebungen und Friedensbestrebungen der französischen, englischen und spanischen Arbeiter an.“

—o—

Gegen die Kriegshetzerei für den Weltfrieden.

So beschämend das gegenwärtige Säbelgerassel und Kriegsgeschrei der Chauvinisten und gewisser anderer Leute hüben und drüben und anderswo ist, so erfreulich ist es, wie einmütig die gesamte Arbeiterschaft in Frankreich und Deutschland, in England und Spanien der gewissenlosen Kriegshetzerei entgegentritt. An die imposante Protestkundgebung in Paris, von der letztes Mal berichtet wurde, haben sich weitere, nicht minder imposante angeschlossen. Im ganzen Deutschen Reiche, in Frankreich, in den grossen Städten Spaniens und Englands haben die Arbeiter in gewaltigen Versammlungen gegen die Kriegstreibereien im besondern und den Krieg überhaupt protestiert.

„Gegen die Kriegslust der Grossen — den Generalstreik!“ Das ist die Parole, welche die von vielen Tausenden besuchten Protestmeetings ausgegeben haben. Und man kann sich wirklich nicht wundern, dass gerade die Arbeiter es sind, die den Krieg mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Sie haben Grund genug dazu. Ist es doch hauptsächlich das Proletariat, das bei einem Kriege der leidende Teil ist, das als Kanonenfutter herhalten soll. Und trotzdem wird es dem Volke übel, sehr übel genommen, dass es nicht ohne Besinnen seine Haut, will sagen alle seine Lebensgüter, für die Interessen der Machthaber aufs Spiel setzen möchte. So wenigstens in Deutschland. Der feste Entschluss der Sozialdemokraten, den Krieg wenn nötig durch einen Generalstreik zu vereiteln,

kommt den massgebenden Kreisen äusserst ungelegen. Begreiflich. Nach den Erfahrungen bei den jüngsten Streikvorgängen in England kann man darüber nicht mehr im Zweifel sein, dass ein solcher Massenstreik von auch nur wenigen Tagen völlig genügen würde, um den Ausbruch eines Waffenganges zu verhindern. Damit ist aber die Wirkung des so beliebten und in letzter Zeit so vielfach angewandten Mittels der Kriegsdrohung gänzlich zu schanden geworden. Die Erbitterung der Verfechter einer draufgängerischen Politik gegen die „rote Rote“ ist somit verständlich, und verständlich ist es auch, wenn diese Leute in einer offiziösen Kundgebung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ihrem tiefen Groll Luft machen. Man wolle dem Volke (ja, gehören die verschiedenen Millionen Sozialdemokraten und die ungezählten übrigen Friedensfreunde nicht auch zum Volke!) in den Rücken fallen. Noch mehr. Der Gedanke des Massenstreikes zum Zwecke der Verhinderung eines Krieges, heisst es da, sei frivol und landesverräterisch; mit den Friedensdemonstrationen wollten die Sozialdemokraten lediglich der Arbeiterschaft den Patriotismus austreiben, und was weiss ich noch alles. Also:

Es ist frivol und Landesverrat, wenn man sein Vaterland vor der Vernichtung zu bewahren sucht.

Es ist frivol und Landesverrat, wenn man verhindern will, dass Tausende, nein Hunderttausende der besten Bürger den Interessen einer verschwindend kleinen Gruppe geopfert werden.

Es ist frivol und Landesverrat, wenn man Frauen und Kindern ihre Gatten und Väter erhalten und unsäglichen Schmerz und Leid von ihnen fernhalten will.

Es ist frivol und Landesverrat, wenn man seinem Vaterlande Milliarden an Geld und Gut zu erhalten sucht.

Kurz, nach der Regierungskundgebung in der „Norddeutschen Allgemeinen“ ist alles frivol und landesverräterisch, was man unternimmt, um das grösste Unglück, das ein Land treffen kann — den Krieg — von seinem Vaterlande abzuwenden. Und wenn man den Hetzereien entgegentritt, die eben dieses Unglück, den Krieg, heraufbeschwören könnten, dann nennt man dies „dem Volk in den Rücken fallen“! Was dann wohl als „Patriotismus“ zu betrachten wäre?

Man braucht nicht Sozialdemokrat zu sein — ich persönlich bin es nicht — um mit dem gegenwärtigen Vorgehen der Arbeiterschaft einverstanden zu sein. Dagegen sollten die Ausslassungen der deutschen Regierung eine Mahnung sein, dass alle pazifistischen Elemente, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, im Verein mit den friedensfreundlichen politischen Parteien sich die Gelegenheit zu nutze machen, um kraftvoll für unsere Bestrebungen und deren Verwirklichung allerorts einzutreten.

K. W. Sch.

Die Berner Konferenz zur Förderung des internationalen Friedens.

Vom 2. bis 14. August tagte in Bern eine von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden einberufene Konferenz, deren Aufgabe es war, eine gründliche wissenschaftliche und systematische Untersuchung des Krieges in ökonomischer und historischer Hinsicht in die Wege zu leiten. Die Mitglieder der Konferenz sind Nationalökonom, Juristen und Publizisten von Weltruf.

Aus Deutschland waren berufen: Professor Theodor Schiemann, von der Universität in Berlin, Professor Brentano, Universität München, aus Frank-

reich: Professor Paul Leroy-Beaulieu, Collège de France und Herausgeber des *Economiste Français*, Professor Charles Gide, Universität Paris, aus Italien: S. Exzellenz Signore Luigi Luzzatti, vormals Premierminister von Italien, Professor Maffeo Pantaleoni, Universität Rom, aus Oesterreich-Ungarn: S. Exzellenz Eugen von Böhm-Bawerk, vormals k. k. Finanzminister, Professor Eugen von Philippovich, Universität Wien, aus Belgien: Herr Henri La Fontaine, Senator von Belgien, aus der Schweiz: Professor Eugen Borel, Universität Genf; aus Dänemark: Professor Harald Westergaard, Universität Kopenhagen, aus Holland: Professor H. B. Greven, Universität Leyden, aus den Vereinigten Staaten: Professor Paul S. Reinsch, Professor Roosevelt, Universität Berlin, Professor John Bates Clark, Columbia-Universität und Direktor der Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, aus Japan: S. Exzellenz Baron Sakatani, vormals k. japanischer Finanzminister, Professor G. Ogawa, Universität Kioto, aus England: Francis W. Hirst, Herausgeber des „Economist“, London, George Paish, Herausgeber des „Statist“, London.

Die Konferenz hat drei Kommissionen eingesetzt mit der Aufgabe, die Fragen, welche von kompetenten Persönlichkeiten aller Länder behandelt werden sollen, zu formulieren. Die erste Kommission hatte sich mit „den ökonomischen und historischen Ursachen der Kriege“ zu befassen, die zweite mit den „Rüstungen in Zeiten des Friedens“, die dritte mit den „einigenden Einflüssen im internationalen Leben“. Schliesslich wurden die Vorschläge der drei Kommissionen von der gesamten Konferenz erwogen und angenommen.

Die Fragen sollen wissenschaftlich und, soweit möglich, ohne vorgefasste Meinung für oder gegen den Krieg behandelt werden.

Wegen ihrer Wichtigkeit teilen wir die Beschlüsse der Konferenz im folgenden ausführlich mit. Wir entnehmen dieselben der „Neuen Züricher Zeitung“, die sich in mehreren Nummern eingehend mit der Berner Konferenz beschäftigt, wie denn in fast allen bedeutenden Zeitungen derselben grosse Beachtung geschenkt wurde.

Kommission I.

Ursachen und Wirkungen der Kriege.

Beschlüsse:

1. Historische Darstellung der Ursachen der neuzeitlichen Kriege. Insbesondere Verfolgung des Einflusses, den das Streben nach grösserer politischer Macht, die nationale Idee und die politischen Bestrebungen der Rassen, die ökonomischen Interessen ausgeübt haben.

2. Ökonomische Interessenssätze in der Gegenwart: a) Einfluss der Bevölkerungsbewegung und der industriellen Entwicklung auf die Ausdehnungspolitik der Staaten. b) Die ökonomische Schutzzollpolitik, ihr Ursprung und ihre Begründung, ihre Handhabung und Einwirkung auf das Verhältnis der Nationen: Prämien (offene und versteckte, staatliche und private), Meistbegünstigung, Verhalten gegen fremde Ware überhaupt, gegen fremdes Kapital, Boykott, Abwehr fremder Einwanderung. c) Die internationalen Anlehen, Verhältnis des Gläubigerstaates zum schuldenden Staat. Benützung der Anlehen zur Gewinnung von Einfluss auf andere Staaten. d) Die Rivalität der Staaten in der Kapitalanlage im Ausland. 1. Das Streben nach Erlangung einer bevorzugten Stellung bei der Errichtung von Banken, in der Eröffnung und im Betrieb von Bergwerken, bei der